

## Niederschrift

### zur 50. Sitzung des Hauptausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 11.04.2018	-18.30 20.46 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Uwe Koch ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Jürgen Grasnack , Stephan Wende Vertretung für Herrn Gerold Sachse,

##### CDU-Fraktion

Karin Lehmann Vertretung für Herrn Wolfgang Petenati,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Kai Hamacher Vertretung für Herrn Thomas Fischer, Matthias Rudolph ,

##### SPD-Fraktion

Jürgen Luban Vertretung für Frau Elke Wagner, Sebastian Rausch ,

##### FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Petra Schumann ,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Lars Aulich Vertretung für Herrn Ulrich Anke,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker ,

##### Verwaltung

Dr. Eckhard Fehse , Franka Koch , Christfried Tschepe ,

##### Gäste

8 interessierte Gäste

#### Abwesend

##### Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler entschuldigt, Gerold Sachse entschuldigt,

##### CDU-Fraktion

Wolfgang Petenati entschuldigt,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer entschuldigt,

##### SPD-Fraktion

Elke Wagner entschuldigt,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke entschuldigt,

## **Bürgermeister**

Hans-Ulrich Hengst entschuldigt,

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet die 50. Sitzung des Hauptausschusses und heißt alle Anwesenden herzlich willkommen.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit fest. Es sind zunächst 12 Ausschussmitglieder, ab 18.52 Uhr, TOP 7.3., 13 Mitglieder anwesend. Der Bürgermeister ist entschuldigt und wird vom Ersten Beigeordneten vertreten.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung liegen folgende Änderungsvorschläge vor: Die Verwaltung bittet, die DS/6/691 Containeraufstellung an der Gerhard-Goßmann-Grundschule mit auf die Tagesordnung zu setzen (TOP 7.10). Der TOP 7.9. heißt: Antrag des FSV Union zur vorzeitigen Bereitstellung von 300.000 € für die Realisierung von Baumaßnahmen im Hinblick auf die Forderungen für den Spielbetrieb in der Regionalliga. Im nichtöffentlichen Sitzungsteil wird der Punkt 12.3. (6/DS/654 Umbau und Fassadensanierung Gerhard-Goßmann-Grundschule, Los 25, Deckenheizung gestrichen. Zum Punkt 12.5. Geschäftsführung der GIP GmbH ab 6.5.2018 wird ein fraktionsübergreifender Änderungsantrag eingebracht.

In der weiteren Diskussion wird der Antrag befürwortet, die TOP 7.6. (Elternbeitragssatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree für die Inanspruchnahme von kommunalen Kinderbetreuungsleistungen in Kindertagesstätten) und 7.7. (Neufassung der Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree) aufgrund weiteren Beratungsbedarfes, insbesondere im Ausschuss für Kultur, Sport, Soziales und Gleichstellungsfragen, zunächst zu vertagen.

Über die so geänderte Tagesordnung wird abgestimmt.

**Zustimmung mit Änderung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 4 Bestätigung der Niederschriften**

#### **TOP 4.1 Bestätigung der Niederschrift vom 21.02.2018**

**Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0**

#### **TOP 4.2 Bestätigung der Niederschrift vom 8.3.2018**

**Zustimmung Ja 5 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0**

### **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende, Herr Koch, informiert über einen, vor der STVV am Donnerstag, dem 26.4.2018 stattfindenden Hauptausschuss, da über zwei Vergabeangelegenheiten beschlossen werden muss.

## **TOP 6 Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Einwohneranfragen gestellt.

## **TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 7.1 OWF - Ostbrandenburgische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH; 6/DS/655 hier: Kündigung der Gesellschaft**

Dr. Fehse erläutert, dass ursprünglich beabsichtigt war, die Geschäftsanteile an der OWF bereits zum 1.1.2018 zu kündigen. Leider ist der Landkreis Oder-Spree bislang noch untätig, deshalb soll der Vorratsbeschluss zunächst gefasst werden, die Geschäftsanteile noch rückwirkend zum 1.1.2018 bzw. dann auf jeden Fall per 1.1.2019 zu kündigen. Die Stadt war von einer einvernehmlichen Lösung mit dem Landkreis ausgegangen und hat den entsprechenden Anteil von 18.000 € nicht mehr in den HP 2018 eingestellt. Die Gesellschaft berät Investoren, über Fördermittel, z.B. über das östliche Leader-Programm, Betreuung der TIF GmbH etc. Der Geschäftsbericht der Gesellschaft kann in der Verwaltung eingesehen werden. Die Gesellschaft, mehrheitlich in Hand des Landkreises, wird weiterhin für alle Kommunen des Kreises tätig sein. Ein Rückzug aus der TIF GmbH, so Dr. Fehse, ist zunächst nicht geplant, da sie u.a. den Haushalt der Stadt nicht belastet.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Fürstenwalde/Spree kündigt die Gesellschaft mit der OWF Ostbrandenburgischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH zum 31.12.2018.

**Zustimmung Ja 8 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0**

### **TOP 7.2 Beitritt der Stadt Fürstenwalde/Spree zum Verband der brandenburgischen Aufsichtsrätinnen e. V. 6/DS/656**

Herr Dippe bezweifelt den Mehrwert einer Mitgliedschaft im Verband der brandenburgischen Aufsichtsrätinnen und meint schulische Angebote können jederzeit auch aus Fraktionsmitteln in Anspruch genommen werden. Vielmehr sollten die Stadtverordneten einen Selbstbindungsbeschluss fassen, mehr Frauen in die ASR zu entsenden.

Herr Rausch sieht einen solchen Selbstbindungsbeschluss kritisch. Er möchte ein Zeichen setzen und dem Aufsichtsrätinnenverein beitreten. Dem stimmt auch Herr Zänker zu.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Mitgliedschaft der Stadt im Verband der brandenburgischen Aufsichtsrätinnen. Die Stadt wird vertreten durch die Mitarbeiterin Beteiligungsmanagement bzw. in Vertretung durch die Gleichstellungsbeauftragte.

**Zustimmung Ja 7 Nein 1 Enthaltung 4 Befangen 0**

### **TOP 7.3 Kommunalinvestitionsförderungsgesetz KInvFG 2, Berücksichtigung 6/DS/676 der freien Schulträger**

Bei dieser Angelegenheit geht es insbesondere um die Finanzierung von Projekten auch der freien Schulträger. Er ruft den Werdegang der Verwaltungsvorschrift des Bundes bzw. der Richtlinie der ILB in Erinnerung. Zuwendungsempfänger ist die Stadt Fürstenwalde/Spree, die gemeinsam mit den Stadtverordneten entscheiden muss, wie die Mittel (sh. Anträge der freien Träger) vergeben werden sollen. Die gesamte Summe war ursprünglich für die Erweiterung der Th.-Fontane-Schule eingeplant. Die Stadt, als städtischer Schulträger, ist grundsätzlich für die Grundschulen zuständig. Der Landkreis Oder-Spree gehört, anders als die Stadt, nicht zu den finanzschwachen Kreisen.

Herr Rausch unterbreitet den Vorschlag, grundsätzlich nur für die Grundschulen finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, und die weiterführenden Schulen, berufsbildende Schulen etc. ganz außen vor zu lassen und nicht aus dem Topf des KInvFG 2 zu fördern.

Herr Wende meint u.a., er sei über die Entwicklung grundsätzlich enttäuscht und hält die Vorgehensweise für eine verfehlte Landespolitik. Was der Bundesgesetzgeber im Rahmen der Bundesländer-Verhandlung ausgehandelt hat, entspricht nicht der Förderrichtlinie, die das Land Brandenburg daraus gemacht habe. Damit wird der „Schwarze Peter“ für eine Nichtfinanzierung, Nichtförderung der freien Träger der Kommune übertragen. Er bittet, in der Verteilung der Mittel wie beschlossen vorzugehen, auch wenn das zu Lasten der freien Träger geht.

Auf die Nachfrage von Herrn Zänker zu einem Rechtsanspruch der freien Träger auf diese Mittel, antwortet Herr Fehse, dass kein Rechtsanspruch bestehe.

### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Stadt zugesprochene Mittel aus dem KInvFG 2 für die nachfolgend aufgeführten Projekte der freien Schulträger der Stadt Fürstenwalde/Spree zur Verfügung zu stellen:

Schulen der freien Träger	Projekte	Kosten (brutto)	Förderfähigkeit und Limitierung	Beschlussvorschlag (ja/nein)
Burgdorf- und Korczak-Schule	Verbesserung der Raumakustik und Lichtoptimierung in 4 Schulgebäuden	295.552 €	295.552 €	ja
Katholisches Schulzentrum Bernhardinum	Aufzüge an den Gebäuden der Grundschule und des Gymnasiums	411.145 €	411.145 €	ja
	Außenanlagen / Barrierefreiheit: Tiefbauarbeiten = 498.683 €, davon Wege und Plätze = 343.250 €	498.683 €	343.250 €	ja
	Elektro- und Wasserinstallationen	211.106 €	Nur teilweise förderfähig; überschreitet erheblich das Förderlimit	nein
	Vorbereitende Arbeiten und Nebenkosten	404.782 €		nein
	Ausstattungen und Baukonstruktionen	234.653 €		nein
	Pflanzungen	166.284 €	nein	nein
Spiel- und Sportgeräte	127.603 €	nein	nein	
Schulen der Rahn Education	Blitzschutz- und Brandmeldeanlagen, NGRS	200.920 €	200.920 €	ja
	Trockenlegung, Reparaturen der Bausubstanz	161.245 €	161.245 €	ja
	Verschattungsanlage Grundschule, Ostseite	54.302 €	54.302 €	ja
	wenn möglich, auch Westseite	54.302 €	Überschreitet das Förderlimit; ist teilweise	nein
	Außenanlagen an Goetheplatz	89.250 €		nein

	Laufende Instandhaltung	78.897 €	nicht förderfähig	nein
Einrichtung der FAW gGmbH	Abdichtung der Kellerwände	84.847 €	84.847 €	ja
	Digitalisierung: Schaffung eines 100 MBit/s Anschlusses	55.216 €	55.216 €	ja

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt die Verwaltung, Fördermittelanträge in der o. g. Höhe bei der ILB zu stellen. Zur Gegenfinanzierung für die Maßnahmen an der Th.-Fontane-Schule werden die Mittel, die für den Neubau von Festplätzen in der Liste der Investitions- und Finanzierungstätigkeiten (Maßnahmen Nr. 466 0000 01003) vorgesehen sind, gesperrt.

**Zustimmung Ja 0 Nein 12 Enthaltung 1 Befangen 0**

#### **TOP 7.4 Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree**

**6/DS/682**

Mit dem vorliegenden Vorschlag wird ein gemeinsame Nenner der Arbeitsgruppe, bestehend aus allen Fraktionen, unterbreitet, der in mehreren gemeinsamen Diskussionen und Beratungen erarbeitet worden ist.

Dr. Fehse erläutert ergänzend, dass dieser Entwurf bereits der Kommunalaufsicht zur Kenntnis gegeben wurde. Da der Landkreis parallel auch seine Hauptsatzung überarbeitet, hat er diese seiner Kommunalaufsicht, nämlich dem Innenministerium, übersandt. Bei den Beiräten gibt es bei beiden ähnliche Formulierungen, die vom Innenministerium zurückgewiesen wurden (§ 7, Abs. 1 ... können Beiräte gebildet werden). Hier wird argumentiert, dass die Kommunen die Freiheit haben, Beiräte zu bilden. Aber wenn sie sich für einen Beirat entscheiden, wird aus „kann“ *sind*.

Auch in § 8 wird aus dem kann *wird*.

Herr Zänker betont, dass um die Bildung eines Integrationsbeirates in der AG gerungen wurde.

Sollte sich dort je wieder eine starke Interessenvertretung finden, sollte es an den Fraktionen nicht scheitern, einen solchen Beirat wieder in der Hauptsatzung aufzunehmen.

Herr Wende, nicht in der AG mitwirkend, wird sich heute enthalten und das so vorliegende Ergebnis der AG nicht einfach mittragen. Es besteht noch weiterer Diskussionsbedarf, wie z.B. bei der Beiratsbildung (Integrationsbeirat, Gleichstellungsbeirat). Das wird in der Debatte in der STVV noch einmal angesprochen.

Herr Rausch verweist auf die am 18.4. nochmals tagende AG und lädt ein, das Thema dort nochmals zu diskutieren und die Hinweise aufzunehmen. Herr Dippe betont die Verbindlichkeit der AG, in der rege und durch die Fraktionen autorisiert, beraten und diskutiert wurde. Wenn das nun wieder in Frage steht, bringt die Arbeit in einer AG überhaupt nichts.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage als Hauptsatzung neu bezeichnete Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree einschließlich der Anlagen 1-4.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zur Sicherung der demokratischen Arbeit des Kita- und Grundschulbeirates als ein Auswahlkriterium im Mitgliederbenennungsverfahren, dass alle Stadtteile durch Mitglieder repräsentiert werden.
3. Die Stadtverordnetenversammlung benennt als Mitglied in Beiräten zukünftig grundsätzlich keine Stadtverordneten.

**Zustimmung Ja 6 Nein 0 Enthaltung 7 Befangen 0**

#### **TOP 7.5 Aufgaben und Zuständigkeiten der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree**

**6/DS/683**

Zu diesem TOP wird nochmals erläutert, dass auch hierzu die AG der Fraktionen beraten hat. Herr Dr. Fehse ergänzt, dass ein in 2004 gefasster Beschluss der STVV aufgehoben werden soll, der seinerzeit regelte, dass der Hauptausschuss für Angelegenheiten der Gesellschafterversammlungen, die mehrheitlich von der Stadt gehalten werden, zuständig ist. Das ist nun in den Zuständigkeiten neu geregelt.

Herr Wende meint, man sollte auch die Ausschussvorsitzenden aus ihrer Sicht an der Erarbeitung einer neuen Zuständigkeitsordnung beteiligen. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung und so werden auch sie zum 18.4. eingeladen.

Herr Wende hat noch einige konkrete Formulierungsvorschläge (2b Mobilitätskonzept, 2h auch Naturschutzdenkmale, also Maßnahmen auf dem Gebiet des Denkmalschutzes).

## **Zurückstellung**

### **TOP 7.6 Entgeltsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree für die Inanspruchnahme 6/DS/685 von kommunalen Kinderbetreuungsleistungen in Kindertagesstätten**

## **Zurückstellung**

### **TOP 7.7 Neufassung der Satzung über die Versorgung mit Mittagessen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung in Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/DS/686**

## **Zurückstellung**

### **TOP 7.8 Außerplanmäßige Auszahlung für die Wiedererrichtung Schützenhalle, 6/DS/678 Buchholzer Chaussee**

Dr. Fehse führt aus, dass der entsprechende Antrag der Schützengilde auf Wiedererrichtung der Schützenhalle (aus nicht mehr nachzuvollziehenden Gründen) nicht zur Haushaltsplanberatung vorgelegt wurde. Eingegangen war er am 20.9.2017. Als Versicherungsfall wurde die Halle im Rohbau wieder errichtet und finanziert. Die Baugenehmigung ist damit jedoch noch nicht erfüllt. Sie endet in 2020 und wenn bis dahin nicht alles gebaut und emissionschutzrechtlich genehmigt ist, dann war die Mühe umsonst. Nunmehr hat sich die Verwaltung mit der Schützengilde auf nachfolgende Vorgehensweise verständigt; in 2018 eine außerplanmäßige Auszahlung (aus nicht vollständig realisierbaren Mitteln 2018 Erweiterung Pneumantforum, Sanitärtrakt) vorzunehmen und Material einzukaufen (rd. 70 T€). In 2019 werden dann noch einmal rd. 60 T€ fällig, die zur Gesamtsumme „Wiedererrichtung der Schützenhalle“ im HP berücksichtigt werden. Bis zur Inbetriebnahme stellen sich die finanzierenden Aufwendungen durch Förderung vom MBS, Landkreis Oder-Spree, Amt für Bildung, Kultur und Sport, der Sparkasse und Eigenmitteleinsatz sowie Arbeitsleistung der Schützengilde zusammen.

In der anschließenden Debatte wird u.a. viel Unverständnis zur vorgeschlagenen Vorgehensweise geäußert, (zu niedriger Versicherungsschutz, Sanitärtrakt in Pneumant mit Dringlichkeit versehen). Den Vertretern der Schützengilde wird an dieser Stelle einstimmig Rederecht erteilt.

Herr Andy Brümmer (mit der Aufnahme und Wiedergabe einverstanden) nimmt auf das Gesagte Bezug und erläutert, dass sich im Laufe der Zeit die Kosten für Baugenehmigung, sich Auflagen, Material etc. erhöht hätten. Fast alle hier beantragten Mittel werden für Baumaterial benötigt, das der Verein in Eigenleistung verbaut.

Herr Rudolph sieht einen Grund vor allem in der Unterversicherung des Gebäudes. Dr. Fehse weist auf die Sondersituation der Schützenhalle hin (Gebäudeversicherung über KSA vorhanden). Aber hier handelt es sich darum, dass das ehem. GST-Objekt an das Treuhandvermögen des Bundes gefallen ist. Die Stadt hat es von dort zugeordnet bekommen mit der Auflage, es mindestens 25 Jahre für gemeinnützige sportliche Zwecke zur Verfügung zu stellen und keinen Gewinn daraus zu ziehen. Zu den versicherungstechnischen Details muss er sich kundig machen.

Herr Zänker meint, er werde im Sinne der Sportförderung zustimmen, auch wenn die Gesamtsituation nicht befriedigen kann.

Herr Rudolph kritisiert, dass Mittel ausgegeben werden sollen, die im kommenden Jahr dringend für das Pneumant-Forum benötigt werden. Dr. Fehse berichtet, dass ein Großteil der geplanten Investitionen in 2018 nicht realisiert werden kann. Zum einen liegt das an Ausschreibungen, für die gar keine Angebote eingehen. Zum anderen handelt es sich um teure, nicht im Budget liegende Bewerbungen. Das Investitionsprogramm 2019 bis 2021 wird sich erheblich verschieben und gründlich überarbeitet werden müssen. Dr. Fehse erläutert weitere Möglichkeiten (neues Finanzausgleichsgesetz, Erhöhung der Verbundquote, mehr Schlüsselzuweisung für die Investitionspauschale), bei denen die Stadt von einer verbesserten Einnahmesituation ausgeht.

Er schätzt ein, dass Geld zur Verfügung steht und nicht sinnvoll ausgegeben werden kann.

Herr Wende vertritt die Auffassung, dass deshalb eine Anpassung des Zahlenwerkes erfolgen und ein Nachtragshaushalt erstellt werden muss, weil sich das Leitbild der Entwicklung der Stadt und die Prioritäten damit verschieben.

Die Unabweisbarkeit dieser Maßnahme erklärt sich aus den Auflagen der Baugenehmigung und das dafür zur Verfügung stehende Zeitfenster, sonst wären der gesamte Planungsaufwand und der Bau des Rohgebäudes umsonst.

Die eingehende Diskussion und die Wortmeldungen veranlassen Herrn Henkel anzumerken, wieder zur Sache zurückzukehren.

Herr Wende bittet, dann im Fachausschuss oder in der STVV die versicherungstechnischen Details und die Informationen über den Mehraufwand der Investition nochmals zu erläutern. Heute, so Herr Wende, sollten die Mittel aber freigegeben werden, damit das Projekt weitergehen kann.

Abschließend bittet Herr Dippe, einen Zeitplan für die in Eigenleistung zu erbringenden Arbeiten bis 26.4.2018 nachzureichen.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. eine außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 69.901,96€. Diese außerplanmäßige Auszahlung soll aus der im Haushalt 2018 geplanten Maßnahme „Erweiterung Pneumantforum-Sanitärtrakt“, Maßnahmen-Nr. 341SH0101001, Kostenträger 4241010, Sachkonto 0961100 gedeckt werden.
2. die Deckungsmittel in Höhe von 69.901,96€ sind im Haushaltsplan 2019 neu unter der Maßnahmen-Nr. 341SH0101001, Kostenträger 4241010 und Sachkonto 0961100 einzustellen.
3. die finanziellen Mitteln in Höhe von 61.153,20€ für die Deckung der Gesamtsumme „Widererrichtung der Schützenhalle“ im Haushaltsplan 2019 einzustellen.

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

### **TOP 7.9 Antrag des FSV Union Fürstenwalde e.V. zur vorzeitigen Bereitstellung 6/DS/687 von 300.000 € zur Erfüllung von Forderungen für den Spielbetrieb in der Regionalliga**

Dr. Fehse erläutert, dass mit dem Aufstieg in die Regionalliga Auflagen erteilt worden sind, die nunmehr realisiert werden müssen. Bislang gab es vom Regionalverband eine Ausnahmegenehmigung, um die Zeit bis zur Umsetzung zu überbrücken.

Die Verwaltung schlägt vor, die Mittel für Überdachung der Tribüne und für eine Flutlichtanlage zur Verfügung zu stellen. Wenn nunmehr dann ein höheres Niveau vorzufinden ist, werden sicher auch mehr Einnahmen erzielt, so kann der Verein dann auf 10 Jahre gerechnet auf rd. 30T€ Zuschuss verzichten. In eingehender Diskussion wird das Für und Wider der Vorgehensweise erörtert und darüber, ob die Stadt überhaupt für 10 Jahre den Zuschussbedarf festschreiben kann. Das, so Dr. Fehse, war das Angebot des FSV. Außerdem argumentiert er weiter, dass die Mittel allein nicht ausreichen werden, der Verein investiert hier noch in Eigenleistung eine namhafte Summe.

Herr Rudolph geht auf die Entwicklung der Zuschüsse an den FSV in den vergangenen Jahren ein und meint, die Betriebskosten und der Wartungsaufwand für das Stadion werde mit der Neuan-

schaffung von Tribünendach und Flutlichtanlage steigen. Er schlägt u.a. vor, die Diskussion darüber, dem Verein das Stadion zu übertragen, anzustoßen und im Blick zu behalten. Er meint, das Tribünendach wäre nicht notwendig, um Bambini-Fußball zu spielen, um Breitensport stattfinden zu lassen, dass am Nachmittag die Jugend trainiert. Die Mannschaft, die hauptsächlich davon profitieren wird, setzt sich vor allem aus Spielern zusammen, die Gehälter beziehen. Man redet hier über einen Wirtschaftsbetrieb. Er bittet um konkrete Auskunft, wie hoch der Anteil der Eigenleistung des Vereins an dieser Investition ist.

Herr Wende äußert dazu Bedenken und vertritt die Meinung, dass kein Sportplatz rentierlich zu betreiben ist. Vielmehr meint er, die ehrenamtliche Tätigkeit –Kinder- und Jugendsport zu fördern- weiterhin zu schätzen und zu unterstützen. Außerdem sollte das kommunale Eigentum zusammengehalten werden, im besten Falle gemehrt werden. Die Kommune darf und sollte sich aus dieser Verantwortung nicht zurückziehen.

Die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt findet sehr rege statt. Der Vorsitzende bittet abschließend zur Abstimmung zu kommen.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 300.000 € als rückzahlbaren Zuschuss an den FSV Union Fürstenwalde e.V. zur Erfüllung der Auflagen des Nordostdeutschen Fußballverbands im Friesenstadion.

Der FSV Union zahlt in den nächsten 10 Jahren jährlich eine Pacht von 30.206,64 € an die Stadt. Die Deckung dieser außerplanmäßigen Auszahlung erfolgt zu Lasten des Zuschusses 2018 für den Neubau des Sozialtraktes auf dem Pneumantsport-Forum (Maßnahme-Nr. 341 SH01 01 001 der Investitionsliste).

**Zustimmung mit Änderung Ja 10 Nein 1 Enthaltung 2 Befangen 0**

### **TOP 7.10 Überplanmäßige Aufwendungen für die Errichtung der Containeranlage 6/DS/691 an der Gerhard-Goßmann-Grundschule**

Herr Tschepe erläutert, dass es bei der Aufstellung der Containeranlage zu Mehrkosten kommt, die u.a. daraus resultieren, da die Container in der Ausschreibung etwas teurer werden und die Kosten im ersten Jahr deutlich teurer werden. In den Folgejahren 2019 bis 2021 werden geringere Kosten entstehen. Deshalb wird jetzt von der Verwaltung eine Deckungsquelle für die Mehrkosten benannt. Die Container sollen an die Heizungsanlage des Hauptgebäudes angeschlossen werden (kostengünstigere Variante).

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine überplanmäßige Aufwendung in Höhe von 91.300 € zur Deckung der höheren Kosten, die nach einer beschränkten Ausschreibung für die temporäre Errichtung von Raumcontainern an der Gerhard-Goßmann-Grundschule entstehen werden. Die Mehraufwendung wird durch Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen gedeckt.

**Zustimmung Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 8 Informationen der Verwaltung**

Dr. Fehse erläutert, welche Möglichkeiten sich durch die zusätzlichen Schlüsselzuweisungen ergeben.

Die Stadt wird –so der Bescheid des Landes- 491.060 € mehr an Schlüsselzuweisungen erhalten. Investive Schlüsselzuweisungen gibt es 12.721 € mehr als geplant und der Familien-Leistungsausgleich beträgt 34.498 € weniger. Für die übertragenen Aufgaben wird das Land 5.585 € mehr zahlen. Über die Höhe der Kreisumlage wird der Landkreis in seiner heutigen Sitzung entscheiden. Bekannt ist, dass er mit gut 2,4 Mio€ mehr rechnen kann. Davon will er allerdings nichts an die



Kommunen weiterreichen. Dafür könnte er für die Kommune ab dem Jahr 2019 ein Investitionsprogramm in Höhe von jährlich 1,5 Mio€ auflegen (Kreisstrukturfonds).

Dr. Fehse informiert über die Höhe des Kassenkredites. Die Stadt hat einen Bedarf beim Cashmanagement von 1.371.116,84 €. Der aktuelle Umrechnungskurs beträgt 1,1856 CHF für 1 €. Damit ergibt sich der Wert des CHF-Kredites in Höhe von 5.307.017,54 €. Am 12.4.18 wird der Kredit in Höhe von 11 Mio€ für einen Monat umschulden, zu Konditionen zu minus 0,35 %. Der Kassenkreditbedarf an heutigen Tage beträgt 16.687.134,38 €. Die städtischen Gesellschaften haben mehr Einlagen als Kreditbedarf. Daraus ergibt sich in Summe ein Kassenkreditbedarf inkl. der Gesellschaften von 15.095.472,22 €. Der Breakeven liegt unverändert bei 1,49491 CHF für 1 €.

Weiterhin informiert er über die im Sportbad fällige Sanierung. Dafür bleibt das Sportbad vom 28.5. bis 6.7. geschlossen.

Dr. Fehse erläutert aus dem Standesamt, dass es in 2017 163 Anmeldungen zu Eheschließungen gab (162 tatsächlich durchgeführt), zwei Anträge auf Ehefähigkeitszeugnisse, zwei Lebenspartnerschaften wurden begründet, 5 Nachbeurkundungen erfolgten und 207 Sterbefällen. Darüber hinaus wurden über 2.000 Urkunden unterschiedlichster Art ausgestellt.

Außerdem informiert er über ein Schreiben vom brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege. Darin wird mitgeteilt, dass die Uferstraße 9 nicht unter Denkmalschutz gestellt wird.

Des Weiteren informiert er über eine Reihe von Terminen und Beratungen, an denen der künftige BM bereits teilnehmen wird.

Herr Fehse berichtet noch über ein Gespräch mit dem KWU, in dem es um Spermüll und nicht mehr zuordenbaren Müll ging. Die KWU fährt den Spermüll nach Anmeldung ab und wird nunmehr noch montags und donnerstags das Stadtgebiet befahren. Eine kontinuierliche Informationsübertragung zwischen Wowi und der Stadt findet statt und die Fa. Bartsch wird jeden Mittwoch durch das Stadtgebiet fahren.

Im Rahmen des Stadtfestes wird die KWU ausführlich informieren und die Stadtverordneten sind damit einverstanden, dass ein Müllberg auf die täglichen Abfälle aufmerksam machen soll.

## **TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Herr Wende fragt, ob es in naher Zukunft einen höheren Investitionsbedarf im Schwapp geben könnte (Fliesenaustausch o.ä.). Außerdem möchte er wissen, wie es mit der Werkleitung künftig weitergeht.

Dr. Fehse berichtet, dass der amtierende BM automatisch Werkleiter ist. Ein Mehrbedarf an notwendigen Investitionen ist ihm derzeit nicht bekannt. Er wird sich kundig machen.

Auf die weitere Nachfrage zu den Fahrradboxen am Bahnhof informiert Herr Tschepe, dass demnächst eine entsprechende Drucksache vorbereitet wird, in der auch die verschiedenen Möglichkeiten der Betreibung aufgezeigt werden.

## **TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 20.46 Uhr und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 9 Seiten.

Uwe Koch

Franka Koch

---

Vorsitzender

Schriftführerin

